



Nr. 45

16. Dezember 2021

Inhalt

dbb Jahrestagung

[**Ampel-Koalition: Aktionsplan für den öffentlichen Dienst erwartet**](#)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Nordrhein-Westfalen

[**Land will Mittel für öffentlichen Dienst um 200 Millionen Euro kürzen**](#)

Baden-Württemberg

[**Tarifergebnis der Länder wird auf Besoldung und Versorgung übertragen**](#)

Thüringen

[**Besoldung: Landesregierung bringt Corona-Sonderzahlung auf den Weg**](#)

Deutsche Polizeigewerkschaft (DPOIG)

[**Sorge vor zunehmender Aggressivität bei Demonstrationen**](#)

Verband Bildung und Erziehung (VBE)

[**Politik soll endlich für besseren Infektionsschutz an Schulen sorgen**](#)

Deutscher Philologenverband (DPhV)

[**Corona: Kultusministerkonferenz soll klare Beschlüsse fassen**](#)

[**Namen und Nachrichten**](#)

aktuell

Informationsdienst des dbb

dbb Jahrestagung

Ampel-Koalition: Aktionsplan für den öffentlichen Dienst erwartet

„Den blumigen Worten müssen schnell Taten folgen“, sagt dbb Chef Ulrich Silberbach über die Pläne der neuen Bundesregierung für den öffentlichen Dienst.

„Im Koalitionsvertrag steht der ‚moderne Staat‘ ganz am Anfang. Das ist vernünftig, denn ein starker öffentlicher Dienst ist die Grundlage für alle weiteren politischen Vorhaben. Dass sich die Erkenntnis nun auch im Regierungsviertel durchgesetzt hat, verstehen wir als Wertschätzung für die enorme Leistung der Beschäftigten in den letzten Jahren. Ob es um Turbulenzen an den Finanzmärkten ging, die Aufnahme von Geflüchteten oder wie jetzt gerade um eine globale Pandemie: Die Kolleginnen und Kollegen halten den Laden am Laufen – obwohl die politischen Verantwortlichen in Bund und Ländern es ihnen oft nicht leichtmachen“, erklärte der dbb Bundesvorsitzende am 15. Dezember 2021.

„Gleichwohl: Sonntagsreden über den öffentlichen Dienst haben wir alle genug gehört. Wir werden die neue Bundesregierung deshalb natürlich an ihren konkreten Taten messen“, machte Silberbach deutlich. „Wir hoffen sehr, dass Nancy Faeser als neue Bundesinnenministerin auf unserer dbb Jahrestagung im Januar schon etwas konkreter sagen kann, was die Koalition sich genau unter einem ‚starken öffentlichen Dienst‘ vorstellt, den sie ‚attraktiver

gestalten‘ möchte. Und von Christian Lindner als neuem Finanzminister möchten wir erfahren, ob die Finanzierung der dringend notwendigen Investitionen gesichert ist. Wir stehen beiden dabei natürlich auch weiterhin gerne mit Rat und Tat zur Seite. Denn klar ist: Die Baustellen sind riesig, sie abzarbeiten braucht Zeit. Insbesondere die Ausbildung von Fachkräften, um nur ein Beispiel zu nennen. Daher ist unsere Erwartung, dass die Bundesregierung möglichst früh im kommenden Jahr einen Aktionsplan für den öffentlichen Dienst vorlegt.“

Die 63. dbb Jahrestagung unter dem Motto „Einfach machen – Investition und Innovation für unser Land“ findet am 10. Januar 2022 statt – pandemiebedingt im interaktiven digitalen Format. Die Bundesministerin des Innern, Nancy Faeser, ist eingeladen, die Ideen der neuen Bundesregierung zur Modernisierung von Staat und Verwaltung zu präsentieren. Der Bundesminister der Finanzen, Christian Lindner, wird teilnehmen und die Perspektiven für Investition und Innovation in Deutschland aufzeigen. Alle Infos gibt es unter www.dbb.de/jahrestagung.

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Nordrhein-Westfalen

Land will Mittel für öffentlichen Dienst um 200 Millionen Euro kürzen

Der DBB NRW Beamtenbund und Tarifunion fordert seit Monaten ein ganzheitliches Attraktivitätskonzept für den öffentlichen Dienst. Der entsprechende Gesetzentwurf der Landesregierung blieb aber hinter den Erwartungen zurück, weil er nötige Investitionen vermeidet. Nun wurde bekannt, dass die allgemeinen Personalverstärkungsmittel um 200 Millionen Euro gekürzt und offenbar umgeschichtet werden sollen.

Diese Mittel wurden für eigentlich für noch nicht konkret vorhersehbare Erhöhungen bei Entgelten, Besoldung und Versorgung in den Haushalt eingestellt. „Man gewinnt den Eindruck, dass notwendige Investitionen ausgegessen werden sollen“, so der dbb Landeschef Roland Staude. „Die Landesregierung muss jetzt den Mut zu ernsthaften Reformen zeigen.“ Dem vorgelegten Gesetzentwurf fehle es an substantiellen Inhalten. „Mit Mehrarbeit und

weniger Urlaub ist eine Attraktivitätssteigerung wohl kaum zu erreichen. Und wenn jetzt auch noch Mittel entzogen werden, die für die Beschäftigten vorgesehen waren, ist dies ein Rückschlag für alle Bemühungen, Personal für den Staat zu gewinnen und zu binden.“

Mit den nun fehlenden 200 Millionen Euro könnten die zentralen Ziele eines ganzheitli-

chen Attraktivitätskonzeptes zumindest in Teilen umgesetzt werden, so Staudt. Wichtig sei etwa die bessere Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Karriere. Auch Telearbeit müsse konsequent umgesetzt werden. „Homeoffice‘ und ‚Mobiles Arbeiten‘ sind nicht eindeutig definiert. Deshalb ist die Telearbeit das einzig tragfähige Modell, da nur hier ein eindeutiger Rahmen für Arbeitssicherheit, Daten- und Gesundheitsschutz sowie eine adäquate technische

Ausstattung gewährleistet ist.“ Außerdem fordert der DBB NRW den Einstieg in die Abschaffung der Kostendämpfungspauschale, welche zu einer deutlichen Erhöhung der Gesundheitskosten für Beamtinnen und Beamten geführt hat. Staudt: „All das lässt sich mit den 200 Millionen Euro solide finanzieren. Wozu also noch warten?“

Baden-Württemberg

Tarifergebnis der Länder wird auf Besoldung und Versorgung übertragen

Der BBW - Beamtenbund Tarifunion begrüßt grundsätzlich die angekündigte zeit- und inhalts-gleiche Übertragung des Tarifabschlusses für die Beschäftigten der Länder auf die Besoldung und Versorgung in Baden-Württemberg.

Höchst bedauerlich sei jedoch, dass das Land trotz für den Landeshaushalt sehr moderatem Tarifergebnis den Beamtinnen und Beamten des Landes und der Kommunen sowie den Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger einen Baden-Württemberg-Zuschlag verweigert. „Wir sind enttäuscht, dass selbst in Zeiten davongaloppierender Preise ein solches Zeichen der Wertschätzung verwehrt wird“, erklärte BBW-Chef Kai Rosenberger am 9. Dezember 2021 in Stuttgart.

Finanzminister Danyal Bayaz und sein Amtschef, Ministerialdirektor Jörg Krauss, zeigten zwar einerseits Verständnis für die BBW-Forderung, machten jedoch mit dem Hinweis auf ausufernde Kosten infolge der Corona-Pandemie keinerlei zusätzliche Zugeständnisse bei

der Anpassung von Besoldung und Versorgung.

BBW-Chef Rosenberger und sein Stellvertreter Joachim Lautensack hatten das Tarifergebnis in den Gesprächen äußerst kritisch bewertet. Der Tarifabschluss mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) sei ernüchternd und dies nicht allein mit Blick auf die Anpassung von Besoldung und Versorgung. „Vierzehn Leermonate tun sehr weh und auch 1.300 Euro steuerfreie Corona-Prämie vermögen den mageren Lohnzuwachs von 2,8 Prozent zum 01. Dezember 2022 angesichts der aktuellen Inflationsrate kaum zu kompensieren“, so Rosenberger.

Thüringen

Besoldung: Landesregierung bringt Corona-Sonderzahlung auf den Weg

Die Regierungsfractionen im Thüringer Landtag haben einen Gesetzentwurf eingebracht, mit dem die Tarifverhandlungen für die Landesbeschäftigten vereinbarte Corona-Sonderzahlung auf die Besoldung übertragen werden soll.

Der Entwurf sieht eine einmalige Sonderzahlung für die Beamtinnen und Beamten sowie Richterinnen und Richter des Landes sowie für die Beamtinnen und Beamten der Gemeinden, der Landkreise und der anderen Gemeindeverbände sowie der sonstigen der Aufsicht des Landes unterstehenden Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts in Höhe von 1.300 Euro vor. Die Auszahlung erfolgt für Empfänger von Dienstbezügen, aus-

genommen Ehrenbeamtinnen und Ehrenbeamten sowie ehrenamtlichen Richterinnen und ehrenamtlichen Richter. Für die Empfängerinnen und Empfänger von Anwärterbezügen beträgt die Sonderzahlung 650 Euro.

Der tbb hatte direkt nach Abschluss der Verhandlungen am 29. November 2021 die zeit- und wirkungsgleiche Übertragung auf den Beamtenbereich gefordert. Die Landesregierung

reagiert mit dem nun vorliegenden Gesetzentwurf ungewöhnlich schnell auf diese Forderung, hieß es beim tbb. Die Auszahlung – so

sieht es der Entwurf bislang vor – soll bereits mit dem April-Gehalt (Auszahlung Ende März 2022) und damit noch steuerfrei erfolgen.

Deutsche Polizeigewerkschaft (DPOIG) Sorge vor zunehmender Aggressivität bei Demonstrationen

Der DPOIG Bundesvorsitzende Rainer Wendt sorgt sich wegen der steigenden Gewaltbereitschaft bei Demonstrationen von Impfgegnerinnen und -gegnern und Querdenkern.

In einem Interview mit der „Passauer Neuen Presse“ am 15. Dezember 2021 nahm Wendt die zunehmende Aggressivität gegenüber Vollzugskräften in den Blick: „Die Szene radikalisiert sich nicht nur politisch, sondern zeigt offene Gewaltbereitschaft. Das muss uns alle alarmieren, denn das nimmt inzwischen einen Verlauf – und das ist das Neue daran - der tief

in die Gesellschaft hineinreicht. Wir sind gewohnt, dass es bei Demonstrationen von Linken, Rechten, Islamisten früher immer um ein bestimmtes Klientel ging, mit dem wir konfrontiert waren. Jetzt mischt sich das mit gesellschaftlichen Kräften, die sich am Demonstrationsgeschehen bisher nicht signifikant beteiligten.“

Verband Bildung und Erziehung (VBE) Politik soll endlich für besseren Infektionsschutz an Schulen sorgen

Das Bundesverfassungsgerichtsurteil (BVerfG) hat zuletzt Schulschließungen für zulässig erklärt. Doch dies sei kein Freibrief für die Politik, erinnerte der VBE Bundesvorsitzende Udo Beckmann die Kultusministerkonferenz (KMK).

„Es ist richtig, dass das Bundesverfassungsgericht dem Recht auf Bildung einen hohen Rang eingeräumt hat. Das Urteil beinhaltet aber auch, dass Schulträgern und Ländern auferlegt ist, alles zu tun, dass künftige Schulschließungen ‚grundrechtsschonender‘ umgesetzt werden. Das beinhaltet vor allem, dass bei notwendigen Schulschließungen umfassender digitaler Distanzunterricht sichergestellt werden muss.“ Das bedeute, sowohl Schülerinnen und Schüler als auch Lehrkräfte müssten hinreichend digital ausgestattet und die Lehrkräfte dafür umfassend aus- und fortgebildet werden. Hier seien die Hausaufgaben längst noch nicht gemacht, und die Schulen fühlten sich durch die Länder nach wie vor oft allein gelassen.

Beckmann erklärte weiter: „Auch der VBE ist dafür, Schulen möglichst offen zu halten. Es reicht aber nicht, wenn die KMK-Präsidentin dies als oberste Priorität ständig wiederholt, den Worten aber nicht die notwendigen Taten folgen. Wir müssen nach wie vor feststellen, dass die politisch Verantwortlichen die nun 20 Monate andauernde Pandemie nicht genutzt haben, um alle technischen Möglichkeiten für einen bestmöglichen Infektionsschutz auszuschöpfen. Die Konsequenz ist entgegen aller Beteuerungen der KMK, dass immer mehr Schulen geschlossen werden müssen. In Sachsen ist es inzwischen jede vierte.“

Deutscher Philologenverband (DPPhV) Corona: Kultusministerkonferenz soll klare Beschlüsse fassen

Angesichts der sich zuspitzenden Corona-Lage an den Schulen hat der DPPhV am 9. Dezember 2021 von der Kultusministerkonferenz (KMK) klare Beschlüsse gefordert.

„Guten Unterricht sicherstellen, Lehrkräfte vorrangig boostern, PCR-Pooltestungen für die Schulen umsetzen und rechtzeitig und verläss-

lich an Eltern, Schüler und Lehrkräfte kommunizieren, wann die Weihnachtsferien in jedem Bundesland beginnen sollen“, so fasste die

DPhV Vorsitzende Susanne Lin-Klitzing die Erwartungen zusammen.

„Unser Ziel ist guter Unterricht, und das am besten in Präsenz, wenn sichere Bedingungen dafür durch die Politik rechtzeitig geschaffen werden. Keine unserer Forderungen ist überraschend. Und sie dienen Eltern, Schülern und Lehrkräften. Auch zuverlässige Tests und ökonomisches Testen, also PCR-Pool-Testungen, sollten in der jetzigen Situation eine Selbstverständlichkeit sein“, so die DPhV Chefin.

Der Deutsche Philologenverband trete außerdem entschieden gegenüber den Kultusminis-

terinnen und Kultusministern dafür ein, Lehrkräften nicht noch weitere Arbeit zuzumuten, wenn sie in ihrem Land die Präsenzpflcht für die Schülerinnen und Schüler aufheben.

„Keine Zusatzbelastung für Lehrkräfte durch die Aufhebung der Präsenzpflcht. Aber eine rechtzeitige Kommunikation seitens der Politik für eine solide Planung des Unterrichts – das erwarten wir sowohl für die Zeit bis zu den Weihnachtsferien als auch für die Zeit bis zum Ende des ersten Schulhalbjahres bis Ende Januar. Nur so können wir guten Unterricht für die Schülerinnen und Schüler planen und durchführen“, so Lin-Klitzing.

Namen und Nachrichten

Die Tarifverhandlungen über höhere Entgelte für die Sicherheitskräfte an Verkehrsflughäfen sollen Anfang des Jahres 2022 starten, der Tarifvertrag ist bereits gekündigt. Nun wurde die Forderungsdiskussion eröffnet. Um mit den Beschäftigten vor Ort – unter Corona-gerechten Bedingungen – in die Diskussion einzusteigen, hat **dbb** Verhandlungsführer Volker Geyer mit Mitgliedern der komba am 10. Dezember 2021 einen digitalen Branchentag Luftsicherheit durchgeführt. Die Kolleginnen und Kollegen haben von der Situation an ihren Flughäfen berichtet und sich über mögliche Forderungen ausgetauscht. Zentrale Themen waren unter anderem die schwierigen Arbeitsbedingungen während der Pandemie und die aktuellen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Im nächsten Schritt wird jetzt die dbb Verhandlungskommission tagen und die Forderungen beschließen.

Nach circa 6 Stunden intensiver Verhandlung konnten sich der **dbb** und dataport am 9. Dezember 2021 auf einen vorläufigen Zwischenstand zu einem möglichen Tarifabschluss einigen. „Wir erwarten, dass der Arbeitgeber die sehr gute Arbeit der Beschäftigten respektiert und honoriert. Das muss sich im Tarifabschluss widerspiegeln“, erklärte Volker Geyer, Fachvorstand Tarif und Verhandlungsführer des dbb. Das Zwischenergebnis hat die dataport-Geschäftsführung dem Verwaltungsrat als zuständiges Kontrollorgan zur Zustimmung vorgelegt. Dieser hat das Angebot der Arbeitgebendenseite nach heutigem Stand noch nicht freigegeben. Der dbb hat die klare Erwartung an den Verwaltungsrat, dass er noch in dieser Woche seine Zustimmung erteilt. Im Falle einer positiven Entscheidung wird der dbb sofort berichten. Sollte der Verwaltungsrat seine Zustimmung verweigern, werden dbb und Arbeitgebendenseite bereits am 5. Januar 2022 in einer dritten Verhandlungsrunde wieder zusammenkommen.

+++ Das nächste dbb aktuell erscheint im Januar 2022 +++

Termine:

10. Januar 2022

63. dbb Jahrestagung

„Einfach machen – Investition und Innovation für unser Land“

www.dbb.de/jahrestagung